

Beste Bildung für Österreichs Zukunft **Bildung neu denken, Schule besser leben**

Am 18. 11. präsentiert die Industriellenvereinigung im Rahmen einer sehr gut besuchten Pressekonferenz ihr Bildungskonzept, das eine Symbiose von „Allgemeinbildung und Ausbildung“ darstellen soll. Da Österreich derzeit ein teures aber ineffizientes Bildungssystem hätte, das weder den Anforderungen gerecht werde noch die Erwartungen der Gesellschaft erfülle, könne mit verschiedenen Reformen nicht mehr das Auslangen gefunden werden. Es sei daher eine „Bildungsrevolution“ notwendig, betont IV Präsident **Mag. Georg Kapsch**. Die IV habe eine gesellschaftliche Verantwortung für das Land und sehe dringenden Handlungsbedarf. **Kapsch** bedauert, dass Bildung in der Bevölkerung nicht mehr als Wert an sich empfunden werde, das müsse sich ändern.

Das Konzept beruht auf den beiden Säulen „Bildung neu denken“ und „Schule besser leben“, umfasst den gesamten Bereich von der Elementarpädagogik bis zur Hochschule, fokussiert aber in der ersten Phase auf die Schule der 5 bis 14jährigen. IV Generalsekretär **Mag. Christoph Neumayer** gibt einen historischen Überblick und zählt immer wieder vorgebrachte Argumente auf, z.B. dass in Österreich der Bildungsstand der Eltern so entscheidend auf die Bildungsperspektiven der Kinder sei wie kaum in einem anderen europäischen Land. Für manche bedeute unser Schulsystem ein „Absitzen von neun Jahren“. Bildung könne man nicht nur einer einzelnen Institution umhängen, jeder sei auch selbstverantwortlich, müsse aber die geeigneten Voraussetzungen finden, betont **Kapsch**, der sich für eine Bildungspflicht an Stelle der Schulpflicht ausspricht.

Die IV sieht sechs Erfolgsfaktoren damit Schule gelingen kann

- Gelingende Schul- und Beziehungskultur
- Erfolgreiche Lehr- und Lernprozesse
- Verantwortung der Pädagoginnen und Pädagogen
- Echte Schulautonomie mit einem jährlich zu erstellenden Bericht
- Verschränkte Ganztagschule
- Entwicklung von mehr Spitze und mehr Breite

Umsetzung des Konzepts

- verpflichtendes Startschuljahr
- Aufteilung der neun Schuljahre in drei Phasen, wobei in Phase I die Grundkompetenzen in den Kulturtechniken erworben werden, in Phase II Allgemeinbildung und der Aufbau von Fachkenntnissen erfolgt, in Phase III das in Phase I und II Erworbene vertieft wird und Berufsorientierung dazu kommt.
- Nach der Volksschule gibt es eine gemeinsame Schule für alle die als Ganztagschule in verschränkter Form geführt wird. Die Kernzeit reicht von 8:30 bis 15:30, optional steht die Schule von 7 bis 19 Uhr offen. Es gibt keine Fusion von AHS Unterstufe mit der NMS sondern eine völlig neue Schulform. Die AHS Unterstufe könnte das Konzept 1:1 übernehmen.
- Der Unterricht ist durch Individualisierung gekennzeichnet, Begabte werden gefördert, bei Defiziten wird geholfen. Durchfallen sollte es nicht mehr geben. Schüler/innen können in verschiedenen Fächern auf einem unterschiedlichen Niveau stehen.
- Die Beurteilung besteht aus Ziffernnoten und alternativen Systemen.
- Lehrer/innen müssen sich verpflichtend fortbilden. Nur motivierte Menschen unterrichten motivierend. Es soll einen offenen Arbeitsmarkt für Lehrer/innen geben, die alle dem ASVG unterliegen. Für gute Lehrer/innen soll es finanzielle Anreize geben, für weniger geeignete Ausstiegsmöglichkeiten.
- Schulgebäude müssen für eine Ganztagsform baulich und in ihrer Ausstattung adaptiert werden
- Der derzeitige Kompetenzwirrwarr zwischen Bundes- und Landeskompetenz muss bereinigt werden. Die Schulen erhalten echte personelle und finanzielle Autonomie

- Die Bildungspflicht beginnt mit vier Jahren und endet mit einer mittleren Reifeprüfung, die nach dem 8. Schuljahr stattfindet. Sie kann auch früher oder später stattfinden, spätestens mit 18 Jahren.
- Die Polytechnische Schule soll abgeschafft und durch ein neues Berufsschulmodell ersetzt werden.
- Jeder kann eine Schule errichten, er muss verschiedene Kriterien erfüllen und sich einem Akkreditierungsverfahren stellen. Die Unterscheidung zwischen öffentlichen und privaten Schulen soll aufgelöst werden, jede Schule bekommt pro Schüler einen bestimmten Geldbetrag, einzelne Schulstandorte können bei besonderem Bedarf mehr bekommen.

Fragen der Journalist/innen:

Sprechen Sie sich für eine Abschaffung der Volksschule und der gymnasialen Unterstufe aus?

Schüler/innen sollten bis zur mittleren Reifeprüfung in dasselbe Schulgebäude gehen, die Schule wird von einer Direktion geleitet.

Was soll das kosten?

Das wurde noch nicht durchgerechnet. Es gibt keinen kausalen Zusammenhang zwischen Bildungsausgaben und Qualität. Aber derzeit ist das System teuer und ineffizient. Höhere Ausgaben zu Beginn werden sich später lohnen. Die Umstellung wird ein bis zwei Legislaturperioden dauern.

Finnland, die Niederlande und Polen sind gute Beispiele wie man es machen könnte.

In 70% der Schulen ist ein Ganztageskonzept derzeit nicht umzusetzen.

Neumayer widerspricht, alles sei möglich, wenn man es wolle.

Wird es ein Schulgeld geben, wenn nicht der Staat der Schulerhalter ist?

Es muss öffentliches Geld für alle Schüler/innen geben, egal wer der Schulträger ist.

Glauben Sie, dass ihr Konzept von der Politik übernommen wird?

Vielleicht nicht 1:1, aber vor zwei Jahren hat die IV ein Steuerkonzept präsentiert und damit eine große Diskussion eingeleitet. Jetzt wird an einer Steuerreform gearbeitet.

Dr. Christine Krawarik